

„Wissenschaft und Praxis im Gespräch“

Die Zukunft wird nicht einfach

Einen Blick in die Zukunft der Genossenschaftsbanken warf die diesjährige Wintersemester-Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Wissenschaft und Praxis im Gespräch“ des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster (IfG Münster). Dabei gab es – leider – nicht nur positive Aussichten.

Markus Krüger

Den großen Herausforderungen der Zukunft könne nicht mit einfachen Antworten begegnet werden, konstatierte Prof. Dr. Theresia Theurl, Geschäftsführende Direktorin des IfG Münster, in ihrer Begrüßung. Rund 300 Gäste – darunter zahlreiche Vertreter genossenschaftlicher Primärbanken – waren am 18. Januar 2016 in die Aula des Schlosses der Universität Münster gekommen, um über die Aussichten genossenschaftlicher Institute in einer streng regulierten, immer stärker digitalisierten Niedrigzinswelt zu diskutieren.

Risiken kommen aus Europa

Ernst, aber dennoch selbstbewusst betrachtete dabei BVR-Präsident Uwe Fröhlich das aktuelle Spannungsfeld von Digitalisierung, Regulierung und Niedrigzins. Denn auch im Jahr 2015 habe die genossenschaftliche Bankengruppe ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr vorzuweisen. So konnte beispielsweise gegen

den Markttrend wiederum ein Wachstum des Kreditvolumens erreicht werden. Insofern gebe es keinen Grund, pessimistisch in die Zukunft zu schauen.

Aber man dürfe nicht übersehen, dass eine Reihe von Herausforderungen existiere, die die Fortschreibung der Erfolgsgeschichte der Genossenschaftsbanken der vergangenen Jahre schwieriger mache. Hierbei gehe der Blick vor allem in Richtung Europa, bemerkte Fröhlich. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und der EU insgesamt mache ihm Sorgen. Die Folgen der Geldpolitik der EZB mit ihren unnatürlich niedrigen Zinsen und den großzügigen Kaufprogrammen für Staatsanleihen sorgten für verzerrte Märkte, in denen sich beispielsweise Italien fast ebenso günstig refinanzieren könne wie Deutschland. „Hier lauern große externe Risiken für uns“, betonte Fröhlich. Gerade die genossenschaftliche Finanzgruppe sei darauf angewiesen, in einem wirtschaftlich gesunden europäischen Umfeld agieren zu können.

Eine kritische Analyse lieferte Fröhlich hinsichtlich der Pläne der Europäischen Kommission zur Einlagensicherung, die die Bankenunion vollenden sollen. „Machen wir uns nichts vor: Hier geht es um die knallharte Vergemeinschaftung der Einlagensicherung“, bekräftigte er. Glücklicherweise sei hier die deutsche Haltung über Politik, Aufsicht und Banken hinweg einheitlich ablehnend. Doch der Widerstand gegen diese Pläne werde dauerhaft aufrechterhalten werden müssen, so der BVR-Chef. Für den BVR gehe es hierbei nicht darum, neue Regelungen auf europäischer Ebene einfach nur abzulehnen. „Nein, wir wollen eine faire Lösung innerhalb der bereits verabschiedeten und umgesetzten EU-Einlagensicherungsrichtlinie“, unterstrich Fröhlich. Er erwarte eine offene, aber auch harte Diskussion mit den Entscheidungsträgern der EU. Dort wisse man um den nachhaltig wirtschaftlichen Erfolg der deutschen Genossenschaftsbanken, hinter denen immerhin über 18

Millionen Mitglieder stünden. Dies stärkt unsere Position, berichtete Fröhlich.

Aber nicht nur aus Brüssel, Frankfurt oder London drohe Ungemach für die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Der zunehmende Wettbewerb – befördert auch und gerade durch die Digitalisierung – werde die Veränderungsbereitschaft der gesamten genossenschaftlichen Gruppe auf die Probe stellen, sagte Fröhlich. „Doch bei aller Veränderung muss unser genossenschaftlicher Charakter erhalten bleiben“, forderte er. „Sonst verlieren wir unsere besondere Marktposition, die uns so erfolgreich macht.“

Das Projekt „KundenFokus 2020“ weise in diesem Kontext den Weg in die Zukunft der genossenschaftlichen Institute. Dabei erweise es sich allerdings immer noch als schwierig, sich bei der Weiterentwicklung der Kundenprozesse explizit in die Rolle des Kunden hineinzusetzen. „Da müssen wir besser werden, um die Kunden noch zielgenauer in der jeweiligen ‚Kundenreise‘ zu unterstützen.“

Bundesbank will mehr Proportionalität

Auch die Bankenaufsicht kam zu Wort an diesem Montagabend in Münster. Bundesbankvorstand Andreas Dombret zeigte sich dabei zufrieden mit der Entwicklung der Genossenschaftsbanken. Es sei berechtigt, wenn die genossenschaftliche Gruppe selbstbewusst in die Zukunft schaue, hob er hervor. Als Aufsicht habe man natürlich immer einiges zu kritisieren, aber bei den Genossenschaftsbanken sei dies zurzeit immer weniger notwendig.

Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in Europa sei für ihn lediglich „Zukunftsmusik“. Eine einheitliche europäische Einlagensicherung könne es nur geben, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt

Bundesbankvorstand
Andreas Dombret



sein. „Und das ist aus meiner Sicht noch lange nicht der Fall“, bekräftigte Dombret. Daher lehne die Bundesbank die Pläne der EU-Kommission zum jetzigen Zeitpunkt ab, stellte er klar. Die Bankenunion müsse dann eben vorerst unvollendet bleiben.

Der Aufseher gab zu, dass das nun vorliegende anspruchsvolle und komplexe Aufsichtsregime auf große, international tätige Institute ausgerichtet sei. Dies bedeute für kleinere Banken einen sehr hohen Aufwand. Die vom BVR in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie, die die Kosten der Regulierung sowie die Folgen für die Marktbearbeitung von mittleren und kleinen Genossenschaftsbanken untersucht, demonstrierte, dass diese Institute übermäßig belastet würden, so Dombret. Deshalb spiele für ihn die Frage nach der Proportionalität der Regulierung eine wesentliche Rolle, unterstrich der Bundesbanker.

Die zentrale Frage hierbei laute, wie die Anforderungen der Regulierung für kleinere Kreditinstitute reduziert werden könnten, ohne die Stabilität des Gesamtsystems zu gefährden. Auch wenn schon jetzt das Regelwerk proportional ausgerichtet sei, stellte Dombret fest, müsse die Aufsicht hier noch mehr tun. Da-

bei warb er bei den anwesenden Genossenschaftsbankern darum, die Aufsicht aktiver zu unterstützen, um herauszufinden, wo administrative Belastungen besonders belastend wirkten. Vielleicht könne man dann auch den Aufwand reduzieren, ohne gleich das Regelwerk zu verändern, blickte Dombret voraus. „Zudem müssen neue Aufsichtsregeln immer dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden, inwieweit hier der Proportionalität Genüge getan worden ist“, betonte er.

Immer dann, wenn der Regulierungsaufwand gegenüber dem Nutzen für die Stabilität des Bankensystems insgesamt zu hoch sei, könnten kleinere Banken von Regeln auch ausgenommen werden, so Dombret. Dabei dürften jedoch keine neuen Schlupflöcher geschaffen werden, die am Ende zu neuen krisenhaften Situationen führen könnten. „Verhältnismäßigkeit hat Grenzen“, bemerkte der Bundesbankvorstand. Es gehe nicht darum, jemanden zu bevorzugen oder Sonderregeln zu schaffen. Vielmehr sei es Zielsetzung dieses Prozesses, mithilfe eines proportionalen Regelungsrahmens die Vielfalt des Bankensystems zu fördern und nicht etwa Monokulturen von Geschäftsmodellen zu züchten, die am Ende wieder zur Krise führten, so Dombret. ■